

Antrag 004: Für einen Staat, der es einfach macht – Föderalismus neu denken mit weniger Regeln, klaren Zuständigkeiten und mehr Digitalisierung!

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Benjamin Strasser (KV Ravensburg), KV Ravensburg (LV Baden-Württemberg) |
| Status: | zugelassen |

Der Parteitag möge beschließen:

1 Deutschland steht vor tiefgreifenden gesellschaftlichen und globalen Umbrüchen:
2 Demografischer Wandel, grundlegende Veränderungen durch neue Chancen der
3 Digitalisierung, internationale Krisen und gesellschaftliche Erwartungen stellen
4 unseren Staat auf die Probe. Der aktuelle Zustand ist geprägt von
5 Überregulierung sowie unklaren Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und
6 Kommunen. Im Alltag erleben viele Bürgerinnen und Bürger deshalb einen Staat,
7 der grundlegende Aufgaben nicht mehr ausreichend erfüllen kann. Oftmals fehlt es
8 an einem verlässlichen Kinderbetreuungsangebot. Straßen und Brücken sind marode.
9 Die Bahn ist durch massive Verspätungen kein verlässliches Verkehrsmittel mehr.
10 Zeitnahe Arzttermine sind vielfach nicht zu bekommen. Und auch bei der Ordnung
11 und Steuerung der Migration bestehen weiterhin Defizite. Diese staatliche
12 Handlungsunfähigkeit untergräbt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die
13 Demokratie und den Rechtsstaat.
14 Wir als Freie Demokraten wollen das ändern. Baden-Württemberg und Deutschland
15 kann es sich nicht leisten, in diesem Wandel den Anschluss zu verpassen. Wir
16 Liberale stehen dafür, Freiheit, Bürgernähe und Effizienz zu verbinden – und
17 fordern eine grundlegende Staatsreform. Wir treten für einen Staat ein, der es
18 einfach macht.

19 Entscheidend ist nicht die Anzahl von Gesetzen, sondern 20 deren Qualität.

21 Deutschland leidet seit vielen Jahren an Überregulierung und
22 Überbürokratisierung. Schlecht gemachte Gesetze führen in der Praxis vor Ort
23 nicht nur zu Frust und Ärger bei den Betroffenen. Sie lähmen auch die staatliche
24 Handlungsfähigkeit.
25 Die FDP Baden-Württemberg ist deshalb der Überzeugung, dass
26 • Bürokratieabbau eine Daueraufgabe ist, die alle staatlichen Ebenen angeht.
27 Wir treten dafür ein, dass im Bund und den Ländern über
28 Jahresbürokratieabbaugesetze Schritt für Schritt überflüssige Regeln
29 gestrichen werden.
30 • neben der Schuldenbremse auch eine Bürokratiebremse in die Landesverfassung
31 muss. Die sogenannte „One in, two out“ Regel, laut der für jedes neues
32 Gesetz zwei bestehende gestrichen werden, muss verfassungsrechtlich
33 abgesichert werden.

- 34 • Experimentierklauseln und Reallabore verstärkt in Gesetzen genutzt werden
35 sollten. Sie geben Verwaltungen vor Ort die Möglichkeit bestimmte neue
36 Instrumente unkompliziert auszuprobieren und so Erfahrungen zu machen.
- 37 • das Vergaberecht im Bund und in Baden-Württemberg umfassend vereinfacht
38 werden muss, um Investitionen in Infrastruktur erheblich zu beschleunigen.
39 Gerade mittelständischen Unternehmen und dem Handwerk muss es einfacher
40 möglich sein, sich mit vertretbarem Aufwand um staatliche Aufträge zu
41 bewerben.

42 **Weniger Behörden, mehr Verantwortung, klare Zuständigkeiten**

43 In den letzten Jahren ist der Staat mit seinen Beschäftigten in Bund und den
44 Ländern massiv angewachsen. Laut Statistischem Bundesamt waren im Juni 2024 rund
45 5,4 Millionen Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt – das sind 95.900
46 Personen oder 1,8 % mehr als noch im Jahr 2023. Damit arbeiteten 2024 knapp 12 %
47 aller Erwerbstätigen in Deutschland im Staatsdienst. Dies ist das Ergebnis einer
48 Entwicklung, bei der immer neue staatliche Aufgaben erfunden und mit Personal
49 hinterlegt wurden. Was unser Land jetzt braucht, ist eine umfassende
50 Aufgabekritik und eine deutliche Reduktion des Personals in den Verwaltungen.
51 Zudem ist durch eine zunehmende Mischfinanzierung zwischen dem Bund und den
52 Ländern unklar geworden, welche staatliche Ebene für welche Aufgabe zuständig
53 ist.

- 54 Die FDP Baden-Württemberg ist deshalb der Überzeugung, dass
- 55 • der Bund und die Länder zeitnah eine Föderalismuskommission III einrichten
56 sollten, um die Zuständigkeiten im Föderalismus klarer zu regeln.
57 Insbesondere bei der Durchführung von Abschiebungen, der Abwehr von
58 Cyberangriffen auf den Mittelstand oder staatliche Behörden sowie der
59 Inneren Sicherheit braucht es eindeutige Zuständigkeiten und einheitliche
60 Standards.
 - 61 • gerade in Aufgaben wie der Bildung wir neben vergleichbaren Standards mehr
62 Autonomie vor Ort benötigen. Wir wollen den Schulen mehr Budgetfreiheit,
63 Personalautonomie und pädagogische Freiräume geben, um die beste Bildung
64 für unsere Kinder zu organisieren.
 - 65 • die Fusion von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern im
66 Jahr 1952 ein Erfolgsmodell war und Vorbild für andere Länder in
67 Deutschland ist. Wir regen deshalb an, weitere Anläufe für Länderfusionen
68 wie beispielsweise Berlin-Brandenburg zu initiieren.
 - 69 • eine einheitliche Datenschutzaufsicht in Deutschland mehr Rechtssicherheit
70 und schnellere Verfahren ermöglicht als 16 Landesdatenschutzbeauftragte und
71 ein Bundesdatenschutzbeauftragter.
 - 72 • es in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren eine umfassende
73 Verwaltungsreform braucht. Wir schlagen vor, Regierungspräsidien und
74 Regionalverbände aufzulösen sowie Landkreise perspektivisch zu größeren
75 Kreisen zu fusionieren. So heben wir Effizienzen und beschleunigen
76 Verfahren.

77 • der öffentliche Dienst für Quereinsteiger durch neue leistungsorientierte
78 Karrieremodelle attraktiver werden sollte. Gleichzeitig sollte ein zeitlich
79 begrenzter Wechsel von Beamten und Beamten in die freie Wirtschaft
80 leichter möglich gemacht werden. Dazu möchten wir das öffentliche
81 Dienstrecht entsprechend modernisieren.

82 **Ein digitaler Staat, der es einfach macht**

83 Komplett digitale Verwaltungsverfahren, die der Bürger bequem vom heimischen
84 Sofa aus erledigen kann, sind in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung
85 noch Zukunftsmusik. Wir als Freie Demokraten wollen einen Staat, der es den
86 Menschen einfach macht. Digitale, nachvollziehbare Lösungen sind dafür ein
87 entscheidender Schlüssel. Viele Länder dieser Welt machen es Deutschland vor,
88 wie es gehen kann.

89 Die FDP Baden-Württemberg ist deshalb der Überzeugung, dass

- 90 • es in den kommenden Jahren mit der „Deutschland-App“ eine nationale
91 digitale Plattform geben sollte, auf der Bürgerinnen und Bürger sämtliche
92 Verwaltungsdienstleistungen erledigen können – unabhängig davon, ob sie in
93 der Zuständigkeit von Bund, Ländern oder den Kommunen liegen. Als FDP haben
94 wir dafür in der von uns getragenen Bundesregierung mit der Reform des
95 Onlinezugangsgesetzes oder der Registermodernisierung wichtige Bausteine
96 verabschiedet. Diese müssen jetzt zeitnah umgesetzt werden.
- 97 • Schriftformerfordernisse in Bundes- und Landesgesetzen sowie
98 Rechtsverordnungen weitestgehend abgeschafft werden, um medienbruchfreie,
99 digitale Lösungen rechtlich zu ermöglichen.
- 100 • die mehrfache Abfrage von Daten, die dem Staat an anderer Stelle bereits
101 vorliegen, gesetzlich untersagt wird.

Begründung

Erfolgt mündlich.